

Insolvenzen in Baden-Württemberg

Das Insolvenzgeschehen ist nach wie vor von großem Interesse. Das Wirtschaftswachstum ist im Laufe des vergangenen Jahres deutlich abgeflacht, sodass zurzeit die Kapazitätsauslastung in den wichtigsten Wirtschaftszweigen Baden-Württembergs deutlich unter dem langfristigen Durchschnitt liegt. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen nahm daher deutlich zu. Aber auch die Verbraucherinsolvenzen bleiben von der konjunkturellen Lage nicht völlig unbeeinflusst; hier denke man an den Arbeitsmarkt oder aber an Kreditkosten. Dennoch muss bei der Interpretation der Ergebnisse eine gewisse Verzögerung zwischen Wirtschaftsentwicklung und der Zahl der Insolvenzen beachtet werden. Deutlich wird im Rahmen der Betrachtung die Abhängigkeit der Insolvenzgefahr von der Eigenkapitalausstattung – Kapitalgesellschaften sind relativ häufiger gefährdet als Einzelunternehmen. Die Höhe der Forderungsausfälle der Gläubiger bzw. deren gesamtwirtschaftliche Bedeutung und die unmittelbare Auswirkung der Unternehmensliquidationen auf die Beschäftigung ist dagegen von der Unternehmensgröße der insolventen Firmen bestimmt. Nur wenige Firmen (2 %) vereinigen 50 % der gesamten Schulden auf sich und stellen zugleich 25 % der tangierten Arbeitsplätze. Im Mittelpunkt der Analyse stehen die Berichtsjahre 2001, 2000 sowie 1999.

Wenn ein Schuldner seine Verbindlichkeiten nicht freiwillig erfüllt, müssen die betreffenden Gläubiger ihre Ansprüche zwangsweise durchsetzen, was normalerweise im Wege der Einzelvollstreckung erreicht wird. Dabei gilt das Präventions- oder Prioritätsprinzip „Wer zuerst kommt – also vollstreckt –, mahlt zuerst.“ Reicht das Vermögen nicht zur Befriedigung aller Gläubiger aus, wie im Fall der Insolvenz, so würden Einzelvollstreckungen (und Präventionsprinzip) zu einem Kampf aller gegen alle führen, bei dem ein Teil der Gläubiger volle Befriedigung finden würde, andere gänzlich leer ausgehen.¹ Um eine gerechte Verteilung sicherzustellen, ist es in solchen Fällen sinnvoll, das gesamte Vermögen des Schuldners (soweit es pfändbar ist) unter gerichtlicher Aufsicht durch einen neutralen Verwalter zugunsten aller Gläubiger zu verwerten und alle Gläubiger gleichmäßig zu gleichen Anteilen zu befriedigen.



Die Autorin: Frau Dr. Ilse A. Walter ist Referentin im Referat „Steuern“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

Seit dem 1. Januar 1999 wird das Insolvenzgeschehen in Deutschland durch die neue Insolvenzordnung geregelt. Sie ist an klaren rechts-, wirtschafts- und sozialpolitischen Zielen ausgerichtet. Sie löst die frühere Konkursordnung ab. Die Konkursordnung von 1877 wie auch die Vergleichsordnung von 1935 gehörten zu den Gesetzen, die das wirtschaftliche Leben in Deutschland nachhaltig geprägt haben. Im Laufe der Zeit zeigte sich jedoch mehr und mehr, dass beide Gesetze nicht mehr zeitgemäß sind, weil seit ihrem Erlass die wirtschaftlichen Verhältnisse sich grundlegend verändert hatten, vor allem aber wesentlich komplizierter wurden. Das Ergebnis ist die neue Insolvenzordnung, die im Laufe des Jahres 1994 verabschiedet und veröffentlicht wurde und nach längerer Übergangszeit am 1. Januar 1999 in Kraft trat.² Eine weitere Ergänzung erfolgte zum 1. Dezember 2001.³ Das gesamte Insolvenzgesetz kann man in folgende Schritte zerlegen: die allgemeinen Vorschriften, die die Unternehmensinsolvenzen regeln, und die besonderen Insolvenzvorschriften, die Privatkonkurse sowie die Insolvenzen Kleingewerbetreibender beinhalten (vgl. Übersicht).⁴

Das Hauptziel eines solchen gerichtlichen Verfahrens ist die gemeinschaftliche Befriedigung der Insolvenzgläubiger: Es kann entweder durch Verwertung und Verteilung des Schuldnervermögens erreicht werden oder durch eine einvernehmliche Regelung zwischen Schuldner und Gläubigern, dem Insolvenzplan. Dies kann über die Liquidation oder die Sanierung geschehen. Der Verlauf eines Insolvenzverfahrens geht über die Befragung der Gerichte in die Insolvenzstatistik ein. Die Statistik erfasst sowohl Fragen zur Eröffnung der Insolvenzverfahren als auch zur Höhe der Forderungen und zur Abwicklung des Verfahrens. Im Rahmen der amtlichen Statistik werden die eröffneten Insolvenzverfahren, die mangels Masse abgelehnten Verfahren und die Regelungen über den Schuldenbereinigungsplan ermittelt. Die Meldung dieser Insolvenzfälle erfolgt durch die zuständigen Amtsgerichte, und zwar, sobald ein gerichtlicher Beschluss vorliegt. Nach Ablauf des gesamten Verfahrens erfolgt zudem die Meldung über das finanzielle Ergebnis des Verfahrens.

Die Aufbereitung der Insolvenzstatistik erfolgt einheitlich in der Gliederung nach Unternehmens- und Privatkonkursen, bei den Unternehmenskonkursen nach Wirtschaftszweigen, Rechtsfor-

¹ Zum Wesen des Insolvenzrechts vgl.: Prof. Dr. E. von Olshausen: Insolvenzrecht, Hrsg.: 2000 Fernuniversität, Gesamthochschule in Hagen sowie Teile der dort empfohlenen Literatur. Zum Präventionsprinzip vergleiche § 804 III ZPO.

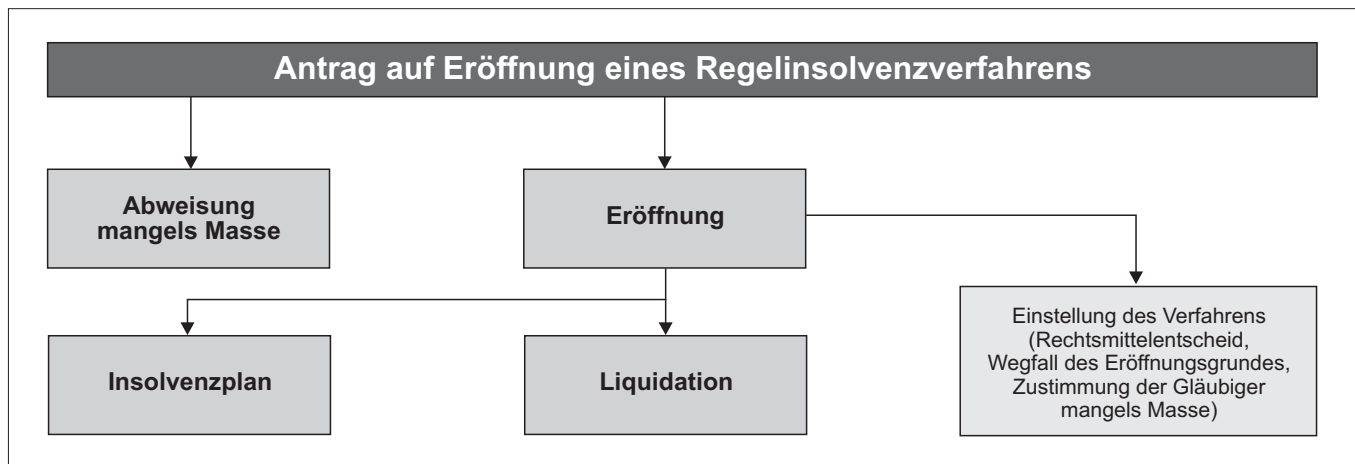
² Am 31. Dezember 1998 endete die Geltungsdauer der bisherigen Konkurs- und Vergleichsordnung.

Bis zu diesem Zeitpunkt erfolgte die Insolvenzstatistik auf der Basis der Verordnung über die Konkurs- und Vergleichsstatistik vom 29. Dezember 1927 (RMBl. 1928 S. 12), geändert durch die Verordnung vom 23. April 1932 (RMBl. 1932 S. 187). Sie wurde in den Bundesländern nach diesen als koordinierte Länderstatistik durchgeführt. Am 1. Januar 1999 trat die neue Insolvenzordnung in Kraft, das Insolvenzstatistikgesetz wurde jedoch erst am 15. Dezember 1999 verabschiedet. Für 1999 wurde daher die Statistik über Insolvenzen nur in begrenztem Umfang weitergeführt. Erst ab Januar 2000 wurden die Angaben für Baden-Württemberg wieder in vollem Umfang entsprechend § 39 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Dezember 1999 (BGBl. I S. 2398) geändert worden ist, erhoben. Dabei handelt es sich um eine Bundesstatistik; es gilt das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565; Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Juni 1998 - BGBl. I S. 1300).

³ Die Neufassung der Insolvenzordnung betrifft insbesondere § 304 (Zulassung zum Verbraucherinsolvenzverfahren), §§ 4a-4d (Stundung der Verfahrenskosten bis zur Erteilung der Restschuldbefreiung), § 287 (Verkürzung der Wohlverhaltensperiode von 7 Jahren auf maximal 6 Jahre).

⁴ Die Insolvenzordnung lässt sich in das Allgemeine Verfahren und das Besondere Verfahren aufgliedern. Allgemeine Insolvenzvorschriften: Verwertung (Zerschlagung als Regelfall), Insolvenzplan als Regelfall (Fortführung und Gestaltung), Schuldenbefreiung (Schuldenerlass). Besondere Insolvenzvorschriften: Privatkonkurse und Kleinverfahren, darunter Schuldenbereinigungsplan.

Übersicht Unternehmerisches Insolvenzverfahren



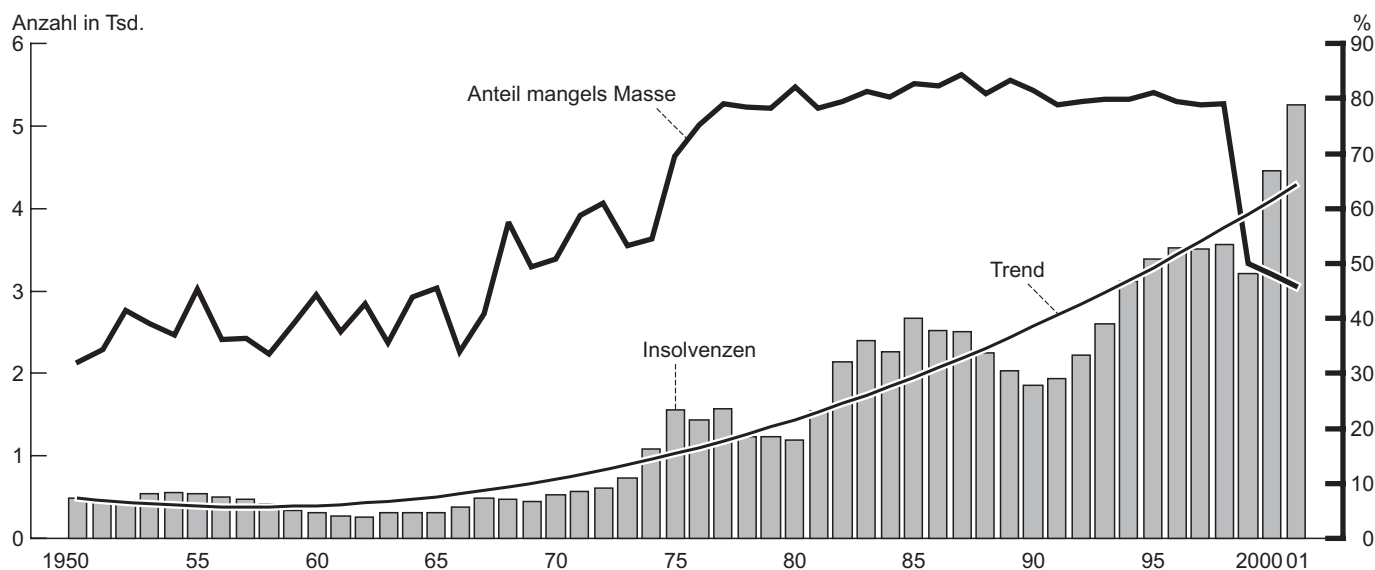
men der Gemeinschuldner, der Höhe der voraussichtlichen Forderungen, Anzahl der Jahre seit der Gründung der insolventen Unternehmen und der Zahl der betroffenen Beschäftigten. Nachdem die neue Insolvenzordnung zum 1. Januar 1999 eingeführt wurde und seit dem Jahr 2000 die entsprechende Statistik nach dem Insolvenzstatistikgesetz in vollem Umfang durchgeführt werden konnte, gibt es nunmehr Ergebnisse für Unternehmensinsolvenzen und Verbraucherinsolvenzen der Jahre 2000 und 2001 sowie in eingeschränktem Umfang für 1999.

Entwicklung der Zahl der Insolvenzen seit 1950

Die Zahl der Insolvenzen ist im Laufe der vergangenen Jahrzehnte beachtlich angestiegen. So wurden für Baden-Württemberg im

Jahr 1950 lediglich 488 Insolvenzverfahren gezählt, 1970 waren es 531 Verfahren. Im Jahr 1990 wurden demgegenüber 1 857 Verfahren registriert. Im Jahr 2001 waren es schließlich 5 255 Verfahren, was allerdings stark durch die Einführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens bedingt ist. Es ermöglicht Privatpersonen in bestimmten Fällen eine Restschuldbefreiung. Die Insolvenzstatistik weist damit für den Zeitraum seit 1970 einen jahresdurchschnittlichen Verfahrensanstieg von 7,2 % aus, im Zeitraum 1950 bis 1970 waren es jährlich nur rund ein halbes Prozent. Allerdings lagen die Insolvenzzahlen in den konjunkturell schwachen Jahren bzw. den Jahren unmittelbar danach – so zum Beispiel in den Jahren 1955 sowie nach 1974 außer in den Jahren 1978 bis 1980 – deutlich über dem langfristigen Trend und blieben sogar in der Zeit des konjunkturellen Booms Ende der 80er-Jahre und Anfang der 90er-Jahre auf relativ hohem Niveau (Schaubild 1). Deutlich höher waren die Insolvenzzahlen jedoch im weiteren Verlauf der 90er-Jahre. Mit der Einführung der neu-

Schaubild 1
Insolvenzen sowie Anteil der mangels Masse abgewiesenen Verfahren in Baden-Württemberg seit 1950



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

310 02

en Insolvenzordnung zum 1. Januar 1999 stiegen sie ab dem Berichtsjahr 2000 stark an, was – wie bereits erwähnt – auf die gesetzliche Regelung der Verbraucherinsolvenzen zurückzuführen ist.

In den Jahren nach 1975 wurden zudem die Mehrzahl der Konkurse als masselose Insolvenzen abgewiesen (*Schaubild 1*). Hierdurch sollte verhindert werden, dass Verfahren zunächst eröffnet werden, sie dann aber mangels Masse wieder eingestellt werden müssen. Weil das vorhandene Vermögen nicht ausreichte, die Verfahrenskosten zu decken, wurden von den Insolvenzgerichten 1950 jedoch lediglich 33 % der Verfahren mangels Masse abgewiesen, im Jahr 1970 waren es 51 %, ab 1980 dann aber um 80 %.⁵ Mit der Einführung der neuen Insolvenzordnung im Jahr 1999 sank dieser Anteil jedoch wieder auf unter 50 %. So war in der Begründung zur Insolvenzordnung der hohe und in der Vergangenheit zunehmende Anteil der mangels Masse abgelehnten Verfahren ein wichtiger Sachverhalt. Nach Einführung dieser gesetzlichen Neuordnung war der Anteil der mangels Masse abgelehnten Verfahren im Jahr 1999 66 %, im Jahr 2000 rund 48 %, im Jahr 2001 rund 46 %. Die Insolvenzgerichte wiesen seit Januar 1999 den Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens nur ab, wenn das Vermögen des Schuldners voraussichtlich nicht ausreichte, um die Kosten des gesamten Verfahrens zu decken. Mit der neuen rechtlichen Regelung konnte somit ein Verfahren bereits eröffnet werden, wenn die Gerichtskosten und der Aufwand für den Insolvenzverwalter beglichen werden konnten. Zum 1. Dezember 2001 kam es dann erneut zu einer Ausweitung der Rechtsgrundlage: Es besteht jetzt die Möglichkeit, die Verfahrenskosten bis zur Restschuldbefreiung zu stunden. Damit wird der Anteil der mangels Masse abgewiesenen Verfahren erneut sinken; vorläufige Ergebnisse für das erste Quartal 2002 weisen auf einen Anteil von unter 30 % hin.

Deutlich mehr Insolvenzen im Jahr 2001 als in den Vorjahren

In Baden-Württemberg wurden im Jahr 2001 bei den Amtsgerichten 5 255 Insolvenzen entschieden, 17,9 % mehr als im Jahr zuvor (*Tabelle 1*). Davon betrafen 2 723 Unternehmen und 2 532 übrige Schuldner. Damit hatten die Unternehmenskonkurse einen Anteil von 52 %. Bei den übrigen 48 % Schuldnern handelt es sich überwiegend um Verbraucherinsolvenzverfahren, insgesamt 1 704 Fälle. Weitere 564 Verfahren betrafen Nachlässe und weitere 264 Verfahren nicht näher definierte natürliche Personen. Dazu gehören zum Beispiel Gesellschafter von (ehemaligen zahlungsunfähigen) Personengesellschaften, die unbegrenzt mit ihrem Privatvermögen haften.

Von den im Jahr 2001 insgesamt 5 255 gemeldeten Verfahren kamen 2 451 zur Eröffnung. Weitere 2 403 Verfahren wurden von den Gerichten mangels Masse abgelehnt, da nicht gewährleistet war, dass die Verfahrenskosten gedeckt sind. Nur in 401 Fällen wurde ein Schuldenbereinigungsplan angenommen. Bei den Unternehmen wurden 45 % eröffnet, rund 55 % mangels Masse abgelehnt, nur bei fünf Kleingewerbetreibenden wurde die Verschuldung durch einen Schuldenbereinigungsplan geregelt.

⁵ Die Verfahrenskosten werden in § 107 I KO geregelt.

Mehrzahl der insolventen Unternehmen unter 8 Jahre alt

Bei der Unterscheidung nach der Dauer des Bestehens der insolventen Unternehmen wurde in der amtlichen Statistik das achte Jahr als Altersgrenze festgelegt, wobei bei der Altersgruppe „unter 8 Jahre“ noch die Untergruppe „unter 3 Jahre“ ausgewiesen wird. 45 % der insolventen Unternehmen waren über 8 Jahre alt. Entsprechend waren 55 % der zahlungsunfähigen Unternehmen weniger als 8 Jahre tätig. Obwohl nach wie vor jüngere Unternehmen das Insolvenzgeschehen dominieren, kam dennoch eine beachtliche Anzahl und relativ betrachtet sogar zunehmende Anzahl älterer Unternehmen in Zahlungsschwierigkeiten. Im Jahr 2000 waren noch 58 % der Unternehmen mit Zahlungsschwierigkeiten unter 8 Jahre alt.

Wohl der Hauptgrund der Unternehmensinsolvenzen ist die ungenügende Eigenkapitalausstattung der Unternehmen in Verbindung mit einer niedrigen Kapazitätsauslastung, wobei auch an die relativ hohe Anzahl der insolventen Gesellschaften mit beschränkter Haftung zu denken ist. Dazu kommen Fehler der Unternehmensleitung wie Fehlprognosen hinsichtlich des Absatzmarktes, künftiger Rohstoffpreise und Ähnliches. Aber auch Gründe wie zum Beispiel hohe Personalkosten, hohe Kreditkosten, Steuern usw. können eine Rolle spielen. Aber auch so genannte Folgekonkurse durch unerwartete Forderungsausfälle dürfen nicht unerwähnt bleiben.⁶

Unterschiedliches Insolvenzrisiko bei einzelnen Rechtsformen und Wirtschaftszweigen

Nach deutschem Recht sind alle natürlichen und juristischen Personen des Privatrechts sowie nicht rechtsfähige Vereine, offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften, Partnerschaftsgesellschaften, Gesellschaften des bürgerlichen Rechts, Partenreedereien und europäische wirtschaftliche Interessenvereinigungen insolvenzfähig, das heißt, sie können Schuldner in einem Insolvenzverfahren sein.⁷ Damit spielen vor allem auch die Insolvenzen juristischer Personen – hier insbesondere der Kapitalgesellschaften – eine wichtige Rolle.⁸

Insgesamt wurden im Jahr 2001 in Baden-Württemberg 2 723 Unternehmensinsolvenzen gezählt. Davon waren 61 % insolvente Kapitalgesellschaften: 59 % Gesellschaften mit beschränkter Haftung und 2 % Aktiengesellschaften. Nur ein Viertel der insolventen Unternehmen waren Einzelunternehmen, 9 % waren Personengesellschaften und 5 % Kleingewerbetreibende (*Tabelle 2*).

Ihrem wirtschaftlichen Schwerpunkt zugeordnet, betrafen rund ein Viertel der Insolvenzen das Grundstücks- und Wohnungswesen einschließlich Vermietung beweglicher Sachen sowie

⁶ Dies kann konjunkturell bedingt bei so genannten Zulieferfirmen der Fall sein. Einen Hinweis geben hier vermutlich die abnehmenden Forderungen im Konjunkturverlauf.

Weitere Ursachen für das Scheitern von Unternehmen wurden in Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 8/2001 (Seite 386 ff.) dargestellt bzw. analysiert. Dort wird auch ein Hinweis zur weiterführenden Literatur gegeben.

⁷ Nicht insolvenzfähig sind Gebietskörperschaften, zum Beispiel Bund, Land.

⁸ So erfordert die Gründung einer GmbH einen relativ geringen Eigenkapitalanteil. GmbH stellen laut Umsatzsteuerstatistik 95 % der Kapitalgesellschaften.

Tabelle 1
Insolvenzverfahren in Baden-Württemberg 2001*)

Verfahrensart Forderungsgrößenklasse Rechtsform Beschäftigtenzahl	Beantragte Verfahren			Verfahren insgesamt	Dagegen 2000 Verfahren insgesamt	Zu- (+) bzw. Ab- nahme (–) gegenüber 2000	Betroffene Arbeit- nehmer	Voraus- sichtliche Forderungen
	eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Schulden- bereinigungs- plan an- genommen					
Anzahl						%	Anzahl	1 000 DM
Insgesamt								
Insgesamt	2 451	2 403	401	5 255	4 458	+ 17,9	22 084	6 669 989
nach Art des Verfahrens								
Eröffnetes Verfahren	2 451	x	x	2 451	2 008	+ 22,1	19 035	5 093 953
Mangels Masse abgewiesener Antrag	x	2 403	x	2 403	2 155	+ 11,5	3 049	1 390 552
Verfahren mit Schuldenbereinigungsplan	x	x	401	401	295	+ 35,9	–	185 484
nach Größenklasse der voraussichtlichen Forderungen (ohne unbekannt)								
unter 10 000 DM	22	355	1	378	404	– 6,4	174	1 782
10 000 DM bis unter 100 000 DM	419	791	109	1 319	1 180	+ 11,8	1 153	60 624
100 000 DM bis unter 500 000 DM	918	755	205	1 878	1 587	+ 18,3	3 000	451 471
500 000 DM bis unter 1 Mill. DM	404	246	46	696	527	+ 32,1	2 516	489 473
1 Mill. DM bis unter 10 Mill. DM	607	236	39	882	659	+ 33,8	9 632	2 345 748
10 Mill. DM bis unter 50 Mill. DM	69	19	1	89	80	+ 11,3	4 140	1 520 278
50 Mill. DM und mehr	12	1	–	13	21	– 38,1	1 469	1 800 613
Unternehmen einschließlich Kleingewerbe								
Zusammen	1 230	1 488	5	2 723	2 329	+ 16,9	22 084	5 597 089
nach Größenklasse der voraussichtlichen Forderungen (ohne unbekannt)								
unter 10 000 DM	x	x	x	134	131	+ 2,2	174	x
10 000 DM bis unter 100 000 DM	x	x	x	468	420	+ 11,4	1 153	x
100 000 DM bis unter 500 000 DM	x	x	x	900	832	+ 8,2	3 000	x
500 000 DM bis unter 1 Mill. DM	x	x	x	443	337	+ 31,5	2 516	x
1 Mill. DM bis unter 10 Mill. DM	x	x	x	686	519	+ 32,2	9 632	x
10 Mill. DM bis unter 50 Mill. DM	x	x	x	79	72	+ 9,7	4 140	x
50 Mill. DM und mehr	x	x	x	13	18	– 27,8	1 469	x
nach Rechtsformen (einschließlich Kleingewerbe)								
Kleingewerbe	18	106	5	129	155	– 16,8	–	29 801
Einzelunternehmen	259	420	–	679	570	+ 19,1	2 318	561 024
Personengesellschaft (OHG, KG, GbR)	162	81	–	243	228	+ 6,6	5 382	978 352
darunter								
GmbH & Co.KG	124	42	–	166	158	+ 5,1	4 766	758 463
Gesellschaft m.b.H.	747	854	–	1 601	1 332	+ 20,2	12 852	3 327 867
Aktiengesellschaft, KGaA	34	15	–	49	21	+ 133,3	906	666 313
Genossenschaft	1	–	–	1	1	–	5	.
Sonstige Rechtsformen	9	12	–	21	22	– 4,5	621	.
nach Zahl der Beschäftigten (ohne Kleingewerbe, ohne unbekannt)								
1 Beschäftigte(r)	77	156	–	233	189	+ 23,3	233	629 425
2 bis 5 Beschäftigte	258	223	–	481	359	+ 34,0	1 559	634 003
6 bis 10 Beschäftigte	164	79	–	243	182	+ 33,5	1 875	285 433
11 bis 100 Beschäftigte	328	68	–	396	269	+ 47,2	11 356	1 745 899
Mehr als 100 Beschäftigte	36	–	–	36	20	+ 80,0	7 061	813 703
übrige Gemeinschuldner								
Zusammen	1 221	915	396	2 532	2 129	+ 18,9	–	1 072 900
Natürliche Person als Gesellschafter u.Ä.	62	202	–	264	219	+ 20,5	–	160 871
Verbraucher (ohne Kleingewerbetreibende)	1 053	255	396	1 704	1 322	+ 28,9	–	791 699
Nachlassinsolvenz	106	458	–	564	588	– 4,1	–	120 330

*) Da in dieser Statistik die Größenklassen auf DM-Werte abgestimmt sind, haben wir auch DM-Werte beibehalten. Die Werte können mit dem Faktor 1,95583 umgerechnet werden. Die Größenklassen lauten dann: unter 5 113 Euro, 5 113 bis unter 51 129 Euro, 51 129 Euro bis unter 255 646 Euro, 255 646 Euro bis unter 511 292 Euro, 511 292 Euro bis unter 5 112 919 Euro, 5 112 919 Euro bis unter 25 564 594 Euro und 25 564 594 Euro und mehr.

Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen (659 Fälle), gut ein Fünftel das Baugewerbe (555 Fälle) und knapp ein Fünftel (517 Fälle) den Bereich Handel. Das Verarbeitende Gewerbe hatte mit 449 Fällen einen Anteil von 16,5 %. Bei weit weniger Betrieben kam es im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung (191 Fälle) und im Gastgewerbe (144 Fälle) zur Verfahrensanmeldung. Die restlichen Konkurse entfielen auf den Bereich Kredit- und Versicherungswesen (25 Fälle), Land- und Forstwirtschaft (33 Fälle) und die restlichen Dienstleistungsbereiche sowie die Energiewirtschaft.

Wesentlich häufiger als im Vorjahr kam es im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen einschließlich Vermietung beweglicher Sachen sowie Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen zur Insolvenzanmeldung (+ 46 %). Deutlich zugenommen hat die Insolvenzzahl auch im Verarbeitenden Gewerbe (+ 17 %) sowie im Baugewerbe (+ 14 %) und im Kredit- und Versicherungsgewerbe (+ 14 %). Dies ist zum Teil auch konjunkturell bedingt. So flachte das Wachstum bereits im Jahr 2000 deutlich ab, die Kapazitätsauslastung wurde zunehmend niedriger.

Dabei waren im zusammengefassten Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen einschließlich Vermietung beweglicher Sachen sowie Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen 73 % der Schuldner Gesellschaften mit beschränkter Haftung, 11 % waren Einzelunternehmen und 8 % Personengesellschaften sowie 4 % Aktiengesellschaften. Im Baugewerbe waren 57 % der insolventen Firmen Kapitalgesellschaften, überwiegend Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Dennoch waren 31 % der zahlungsunfähigen Betriebe im Baugewerbe Einzelunternehmen. Im Verarbeitenden Gewerbe hatten 58 % der insolventen Unternehmen die GmbH als Rechtsform gewählt, nur 22 % waren Einzelunternehmen. Im Handel haben nahezu zwei Drittel der zahlungsunfähigen Betriebe die Rechtsform GmbH, nur

gut ein Fünftel waren Einzelkaufleute. In den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung, im Gastgewerbe und in der Land- und Forstwirtschaft waren dagegen die Hälfte aller insolventen Unternehmen voll haftende Einzelunternehmer.

Damit verteilten sich die insolventen Gesellschaften mit beschränkter Haftung vor allem auf die Wirtschaftszweige Grundstücks- und Wohnungswesen einschließlich Vermietung beweglicher Sachen sowie Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen (30 %), den Handel (21 %) sowie das Verarbeitende Gewerbe (16 %); das waren zusammen zwei Drittel aller zahlungsunfähigen GmbHs. Die zahlungsunfähigen Personengesellschaften betrafen dagegen das Verarbeitende Gewerbe (27 %), das Grundstücks- und Wohnungswesen einschließlich Vermietung beweglicher Sachen sowie Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen (23 %), den Handel (20 %) sowie das Baugewerbe (19 %). Gleichmäßiger verteilen sich dagegen die Einzelunternehmen über die Bereiche, wobei allerdings das Baugewerbe mit einem Viertel an der Spitze steht. Die restlichen Bereiche haben einen Anteil zwischen 10 und 16 %. Dabei stammten 16 % der insolventen Einzelunternehmen aus dem Bereich Handel, 15 % aus dem Verarbeitenden Gewerbe und 14 % aus dem Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung. In den Bereichen Grundstücks- und Wohnungswesen einschließlich Vermietung beweglicher Sachen sowie Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen waren es 11 % und im Gastgewerbe 10 %. Die meisten Fälle erhält man damit für die Gesellschaften mit beschränkter Haftung im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen einschließlich Vermietung beweglicher Sachen sowie Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen (480 Verfahren), gefolgt vom Handel (332 Fälle) und dem Verarbeitenden Gewerbe (261 Fälle) mit dieser Rechtsform sowie dem Baugewerbe mit ebenfalls über 300 Fällen.

Tabelle 2
Unternehmensinsolvenzen in Baden-Württemberg 2001 nach Wirtschaftsbereichen und Rechtsformen

Gegenstand der Nachweisung	Ins- gesamt	Darunter						
		Klein- gewerbe	Einzel- unter- nehmen	Personengesellschaften		Kapitalgesellschaften		
				ins- gesamt	darunter GmbH & Co.KG	ins- gesamt	darunter	
							GmbH	AG, KGaA
Anzahl								
Insgesamt	2 723	129	679	243	166	1650	1601	49
davon								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	33	4	16	3	.	10	10	–
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	–	–	–	–	.	.	–
Verarbeitendes Gewerbe	449	16	99	66	51	267	261	6
Energie- und Wasserversorgung	–
Baugewerbe	555	21	173	45	31	316	.	.
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	517	22	106	48	32	339	332	7
Gastgewerbe	144	23	71	6	.	44	44	–
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	191	17	96	11	3	67	.	.
Kredit- und Versicherungsgewerbe	25	2	4	–	–	19	.	.
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen usw.	659	16	73	56	39	509	480	29
Erziehung und Unterricht	11	–	–	2	2	8	8	–
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	30	2	15	.	.	11	11	–
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	103	6	25	4	4	56	53	3

Relative Insolvenzhäufigkeit bei den Kapitalgesellschaften am höchsten

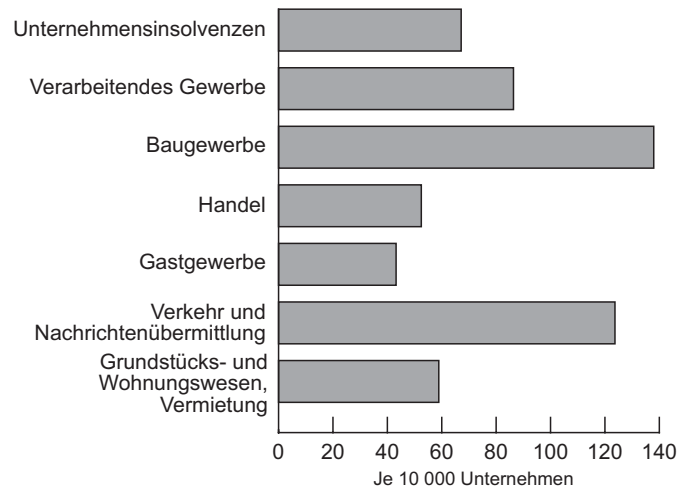
Jedoch muss diese – oben aufgeführte – absolute Insolvenzhäufigkeit nicht mit der so genannten relativen Insolvenzhäufigkeit zusammenfallen, denn hier spielt auch die Zahl der insgesamt vorhandenen Unternehmen innerhalb eines Wirtschaftszweiges eine Rolle. Einen Hinweis über die Anzahl der Unternehmen gibt die Umsatzsteuerstatistik über die Zahl der Steuerpflichtigen, hier die Umsatzsteuerstatistik 1999. Im Rahmen der Umsatzsteuerstatistik 1999 wurden insgesamt 405 554 Steuerpflichtige erfasst.⁹ Darunter waren 287 240 Einzelunternehmen und 50 776 Personengesellschaften; die restlichen Unternehmen zählten zu den Körperschaften, wobei 57 110 Kapitalgesellschaften waren. Untergliedert nach Wirtschaftszweigen fallen 111 854 Unternehmen in den Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen sowie Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen, gefolgt vom Bereich Handel (98 508 Unternehmen), dem Verarbeitenden Gewerbe mit 51 984 verbuchten Unternehmen, dem Baugewerbe mit 40 233 Betrieben, dem Gastgewerbe mit 33 325 Unternehmen sowie den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung (15 442 Unternehmen), Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (7 970 Unternehmen) und 3 371 Unternehmen aus dem Bereich Kredit- und Versicherungswesen. Lediglich 1 738 Unternehmen zählen zur Energiewirtschaft und 321 zum Bereich Bergbau und Steine und Erden. Die restlichen Unternehmen verteilen sich auf weitere nicht näher erwähnte private und öffentliche Dienstleistungsbereiche.

Bei der relativen Insolvenzhäufigkeit bezieht man jeweils die Zahl der Insolvenzen auf die Anzahl der vorhandenen Unternehmen. Die relative Insolvenzhäufigkeit ist am höchsten im Baugewerbe mit 138 Insolvenzen auf 10 000 Unternehmen, gefolgt von den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit 124 Insolvenzen – bezogen auf 10 000 Unternehmen – sowie dem Verarbeitenden Gewerbe mit 86 Unternehmen (*Schaubild 2*). Geringer ist die relative Insolvenzhäufigkeit der Unternehmen im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen einschließlich Vermietung beweglicher Sachen sowie Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen (59), bei den Handelsbetrieben (53) und den Betrieben im Gastgewerbe (43). Noch seltener sind zahlungsunfähige Unternehmen in der Land- und Forstwirtschaft und in der Energiewirtschaft. Dasselbe gilt aber auch für die weiteren (nicht erwähnten) Bereiche. Während bei den Einzelunternehmen im Baugewerbe und im Verarbeitenden Gewerbe im vergangenen Jahr vor allem auch rückläufige Umsätze und damit die gesunkene Kapazitätsauslastung die Ursache sein dürfte, könnte in den kapitalintensiveren Bereichen – und hier vor allem bei den Kapitalgesellschaften – die zu geringe Eigenkapitalsquote ursächlich sein.

Im Durchschnitt über alle Wirtschaftszweige kam es im Jahr 2001 dagegen von 10 000 Unternehmen nur bei 67 zur Zahlungsunfähigkeit, die gerichtlich geregelt wurde. Dies ist, trotz eines beachtlichen Anstiegs von 17 % bei den Unternehmenskonkursen, gemessen an der Gesamtzahl der Unternehmen eine auf den ersten Blick zu vernachlässigende Anzahl überschuldeter Unternehmen. Betrachtet man aber die Gesellschaften mit beschränkter Haftung gesondert, so wurden von 10 000 Unternehmen 289 zahlungsunfähig, während bei den Einzelunternehmen (ein-

Schaubild 2

Relative Insolvenzhäufigkeit für ausgewählte Bereiche in Baden-Württemberg 2001



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

312 02

schließlich Kleingewerbe) 24 Konkurse auf diese Unternehmenszahl kam und bei den Personengesellschaften 48. Bei den Kapitalgesellschaften im Baugewerbe errechnen sich sogar 411 Konkurse auf 10 000 Unternehmen und im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen 384 Insolvenzen auf 10 000 Kapitalgesellschaften. Es folgen die Bereiche Handel und Verarbeitendes Gewerbe: Im Handel wurden von 10 000 Kapitalgesellschaften 209 insolvent, im Verarbeitenden Gewerbe 210. Verursacht wurde das erhöhte Insolvenzrisiko vermutlich durch die schwache Konjunktur – das Wirtschaftswachstum betrug im ersten Halbjahr 2001 noch 2 %, im zweiten Halbjahr nur noch ¾ % – verbunden mit einer geringen Eigenkapitalquote. Beides führte zur Überschuldung von Unternehmen.

Das Insolvenzgeschehen tangierte eine beachtliche Zahl an Arbeitsplätzen

Dennoch ist das Insolvenzgeschehen auch im Jahr 2001 von volkswirtschaftlicher Bedeutung: Diese Insolvenzen tangierten eine beachtliche Anzahl von Arbeitsplätzen. Statistisch ermitteln lässt sich jedoch nur die Zahl der Arbeitnehmer, die zum Zeitpunkt der Antragstellung noch im insolventen Unternehmen tätig und somit unmittelbar von der Unternehmensschließung oder der Sanierung betroffen waren. Diese Zahl ist nicht identisch mit der Zahl der vernichteten Arbeitsplätze, da in vielen Fällen eine Fortführung der Unternehmen unter anderem Namen oder anderem Besitzer erfolgt. Von den Unternehmenszusammenbrüchen des Jahres 2001 waren in Baden-Württemberg 22 084 Arbeitnehmer betroffen (*Tabelle 1*). Insgesamt stieg damit die Zahl der betroffenen Arbeitnehmer gegenüber dem Vorjahr um 44 %, während die Zahl der Unternehmenskonkurse lediglich um 17 % stieg. Damit stieg auch die durchschnittliche Arbeitnehmerzahl, deren Arbeitsplatz durch Unternehmenskonkurse in Gefahr war, von sieben Arbeitnehmer je Insolvenz auf acht Personen je insolventes Unternehmen an. Im Verarbeitenden Gewerbe betrug die Zunahme sogar 51 %. Hier waren 8 650 Personen oder 39 % aller vom Insolvenzgeschehen tangierten und hier erfassten Arbeitnehmer tätig. Es folgt der zusammengefasste Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Dienst-

⁹ Für die Berechnungen wurde die Umsatzsteuerstatistik 1999 zugrunde gelegt, das Jahr 2000 lag noch nicht vor. Inhaltlich lässt sich dies damit begründen, dass die Unternehmenszahlen relativ konstant sind und Konkurse verzögert auftreten.

leistungen überwiegend von Unternehmen mit 3 920 Personen oder 18 %. Im Baugewerbe waren im Jahr 2001 immerhin 3 441 Arbeitsplätze betroffen, im Bereich Handel 2 823 und im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung 1 134 Personen sowie im Gastgewerbe 602 Personen. Allerdings ist aber zu beachten, dass viele Arbeitnehmer ihren Arbeitgeber schon vor der Konkurseröffnung wechseln. Dennoch geben die Angaben zur Zahl der betroffenen Arbeitnehmer wichtige Hinweise zur Auswirkung des Insolvenzgeschehens auf die Beschäftigung.

Über 6,6 Mrd. DM Forderungen von den Gläubigern in Rechnung gestellt

Die Beurteilung des Insolvenzgeschehens darf sich jedoch nicht nur an der Entwicklung der Zahl der Verfahren orientieren, sondern hat auch den zu erwartenden volkswirtschaftlichen Schaden zu beachten. Anhaltspunkte dafür liefern die von den Gerichten ermittelten Forderungen, wobei die entsprechenden Meldungen an die Statistischen Landesämter in zwei Phasen erfolgen. Mit Anmeldung des Verfahrens, also unmittelbar vor der Eröffnung des Konkursverfahrens oder der Abweisung des Verfahrens mangels Masse, sind Angaben über die voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger zu machen. Wird das Verfahren eröffnet, geht an die Gläubiger eine Aufforderung, ihre Forderungen anzumelden und zu belegen. Die tatsächlichen Forderungen sowie das Vermögen werden später zum finanziellen Ergebnis eines Insolvenzverfahrens zusammengefasst. Dabei zeigt sich normalerweise, dass die bei Verfahrenseröffnung mitgeteilten Forderungen in der Regel zu niedrig sind: Die voraussichtlichen Forderungen bewegen sich also an der Untergrenze. Für die mangels Masse abgelehnten Verfahren sind die voraus-

sichtlichen, im allgemeinen geschätzten Forderungen aber die einzige Quelle zum Ausmaß des finanziellen Schadens, also der Verluste der Gläubiger.

Insgesamt wurden Forderungen in Höhe von 5,6 Mrd. DM¹⁰ im Rahmen von Unternehmenskonkursen und rund 1,1 Mrd. DM im Laufe der Insolvenzen der übrigen Schuldner geltend gemacht.

Für die immer noch beachtliche Zahl der mangels Masse abgewiesenen Konkurse, für die also keine weiteren finanziellen Ergebnisse mehr festgestellt werden können, bezifferten die Gerichte die Außenstände der Gläubiger im Jahr 2001 auf 1,4 Mrd. DM. Dabei dürfte diese Summe die Untergrenze der tatsächlichen Verschuldung wiedergeben, da zum Zeitpunkt der Antragsstellung den Gerichten die Passiva der Schuldner nicht in vollem Umfang bekannt sein dürften. Das so genannte Feststellungsverfahren, in dem die Gläubiger zur Anmeldung ihrer Forderungen aufgerufen werden, erfolgt nur bei Eröffnung eines Verfahrens. Im Durchschnitt lagen die Forderungen der mangels Masse abgewiesenen Verfahren niedriger als bei den eröffneten Verfahren. So beliefen sich die Forderungen der mangels Masse abgewiesenen Verfahren auf 578 673 DM, während sich die Forderungen über den Durchschnitt aller Verfahren auf 1,3 Mill. DM belief. Für die eröffneten Verfahren errechnet sich ein Durchschnittswert von 2,1 Mill. DM.

Aber auch bezüglich der Rechtsform ist die durchschnittliche Forderungshöhe differenziert. Finanziell verlustreich waren die Insolvenzen der Kapitalgesellschaften. So betrug die durchschnitt-

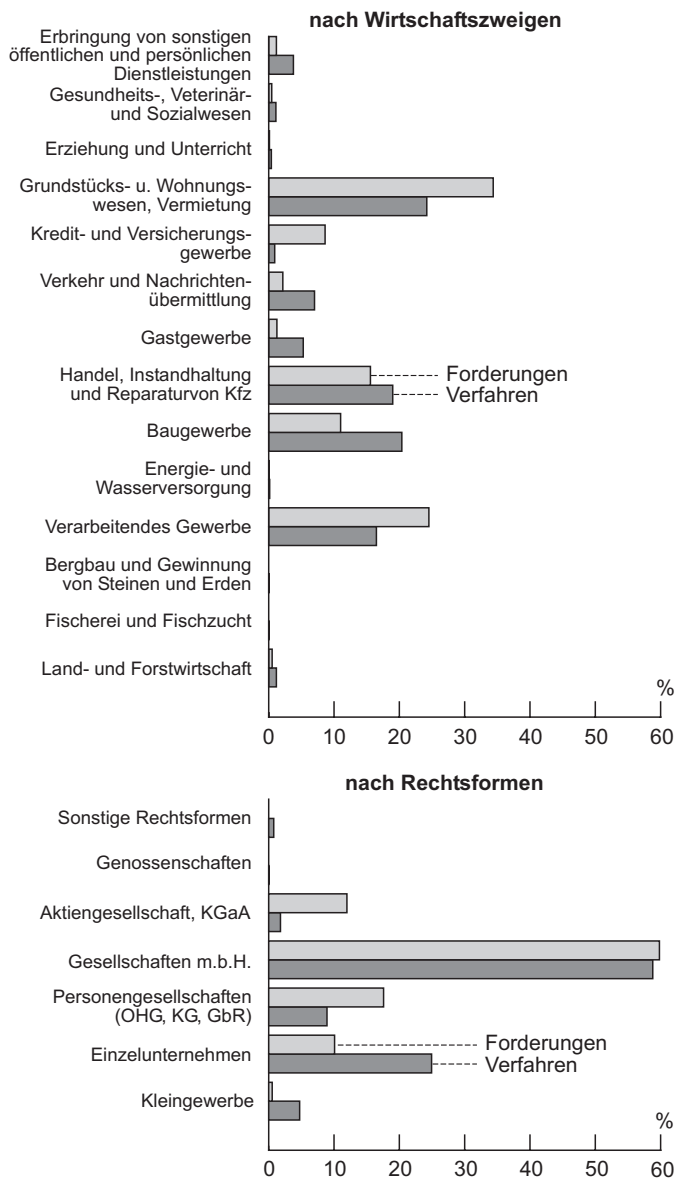
¹⁰ Da diese Statistik bis einschließlich Berichtsjahr 2001 in DM aufbereitet wurde und sich Schwierigkeiten vor allem bei der Umrechnung nach Größenklassen ergeben hätten, wurde hier die Werteinheit DM beibehalten.

Tabelle 3
Unternehmensinsolvenzen in Baden-Württemberg 2001 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweige	Beantragte Verfahren			Verfahren insgesamt	Dagegen 2000 Verfahren insgesamt	Zu- (+) bzw. Abnahme (–) gegenüber 2000	Betroffene Arbeitnehmer	Voraussichtliche Forderungen
	eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Schuldenbereinigungsplan angenommen					
	Anzahl							
Wirtschaftsbereiche insgesamt	1 230	1 488	5	2 723	2 329	+ 16,9	22 084	5 597 089
davon								
Land- und Forstwirtschaft	15	17	–	32	37	– 13,5	126	29 397
Fischerei und Fischzucht	1	–	–	1	–	x	–	.
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	–	2	–	2	–	x	26	.
Verarbeitendes Gewerbe	288	161	–	449	385	+ 16,6	8 650	1 372 690
Energie- und Wasserversorgung	1	3	–	4	–	x	27	4 380
Baugewerbe	242	312	1	555	486	+ 14,2	3 441	616 231
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	231	284	2	517	499	+ 3,6	2 823	871 681
Gastgewerbe	27	117	–	144	141	+ 2,1	602	70 293
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	79	110	2	191	181	+ 5,5	1 134	120 943
Kredit- und Versicherungsgewerbe	9	16	–	25	22	+ 13,6	55	483 102
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	280	379	–	659	452	+ 45,8	3 920	1 923 813
Erziehung und Unterricht	5	6	–	11	15	– 26,7	5	6 350
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	16	14	–	30	26	+ 15,4	125	25 977
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	36	67	–	103	85	+ 21,2	1 150	65 903

Schaubild 3

Anteil der Bereiche an der Gesamtzahl der Insolvenzverfahren und der gesamten Forderungen in Baden-Württemberg 2001



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

313 02

liche Schuldenhöhe der Aktiengesellschaften fast 13,6 Mill. DM, während der Durchschnitt über alle Unternehmen bei rund 2,1 Mill. DM lag. Dieser Betrag wurde in erster Linie durch die finanzielle Situation der GmbH und Einzelunternehmen bestimmt. Bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung betrug die durchschnittliche Verschuldung 2,1 Mill. DM, für die Personalgesellschaften errechnen sich 4,0 Mill. DM, während für die Einzelunternehmen 826 250 DM registriert wurden.

Eine weitere Differenzierung zeigt sich nach Wirtschaftsbereichen (Tabelle 3). Die höchsten durchschnittlichen Forderungen der Gläubiger konnten im Jahr 2001 für das Verarbeitende Gewerbe mit 3,1 Mill. DM ermittelt werden; 1999 waren hier die angemeldeten Forderungen mit 3,0 Mill. DM geringfügig niedriger, im Jahr 2000 mit 3,4 Mill. DM merklich höher. Allerdings zeigt hier die Differenzierung nach Untergruppen eine breite Streuung bezüglich der Entwicklung der durchschnittlichen Über-

schuldung. Es folgt der Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Dienstleistungen überwiegend von Unternehmen mit 2,9 Mill. DM, nach 4,6 Mill. DM im Jahr 2000. Im Bereich Handel mit 1,7 Mill. DM und im Bereich Baugewerbe mit 1,1 Mill. DM lagen diese Werte niedriger, ebenso wie in der Land- und Forstwirtschaft mit rund 0,9 Mill. DM. Im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung (0,6 Mill. DM) und im Gastgewerbe (0,5 Mill. DM) waren die durchschnittlichen Forderungen der Gläubiger sogar deutlich geringer. Weitaus höher waren sie dagegen im Kredit- und Versicherungsgewerbe mit 19,3 Mill. DM, obwohl sie um 5,6 % niedriger waren als im Vorjahr. Einen umfassenden Einblick zur Verteilung der Unternehmensinsolvenzen auf die Wirtschaftszweige und Rechtsformen gibt Schaubild 3, das die Verteilung der Verfahrenszahl und der angemeldeten voraussichtlichen Forderungen auf die Bereiche und Rechtsformen zeigt.

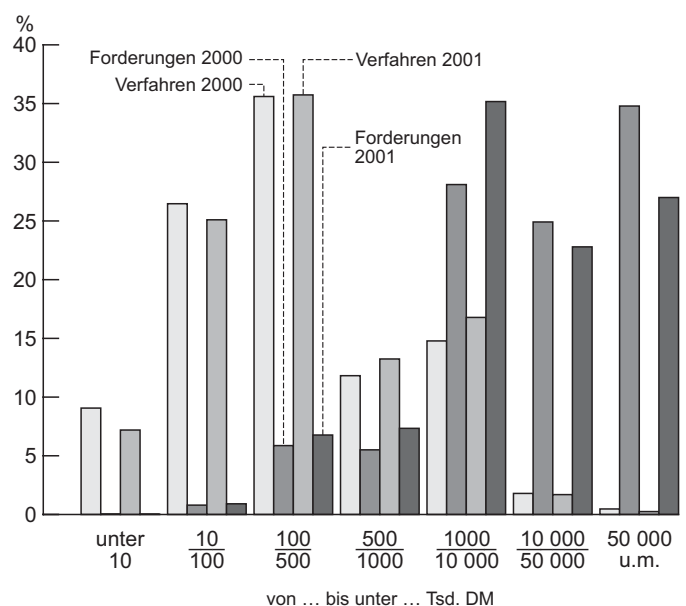
Bei etwa 83 % aller Insolvenzverfahren lag die Forderung der Gläubiger unter 1 Mill. DM

Bei über vier Fünftel (81 %) der Insolvenzverfahren wurden Forderungen von weniger als 1 Mill. DM angemeldet, bei 19 % wurde die Millionengrenze überschritten und bei rund 2 % wurden von den Gläubigern sogar Forderungen von mehr als 10 Mill. DM angemeldet (Schaubild 4). Insgesamt betrachtet konzentrieren sich damit die Forderungen der Gläubiger auf wenige Schuldner: Es kamen auf 2 % der Verfahren rund 50 % der Schulden.

Betrachtet man die zusammengefassten Forderungsausfälle der Gläubiger, entfällt der überwiegende Anteil auf die Firmen mit mehr als 1 Mill. DM (85 %) Schulden, obwohl die Verfahrenszahl dieser Gruppe nur einen geringen Anteil ausmacht (19 %). Die meisten Insolvenzfälle fallen in die Gruppe der voraussichtlichen Forderungen von 100 000 bis 500 000 DM (36 %), gefolgt von der Gruppe 10 000 bis 100 000 DM (25 %). Dagegen sind lediglich 7 % nur geringfügig verschuldet, das heißt mit einem Betrag von unter 10 000 DM.

Schaubild 4

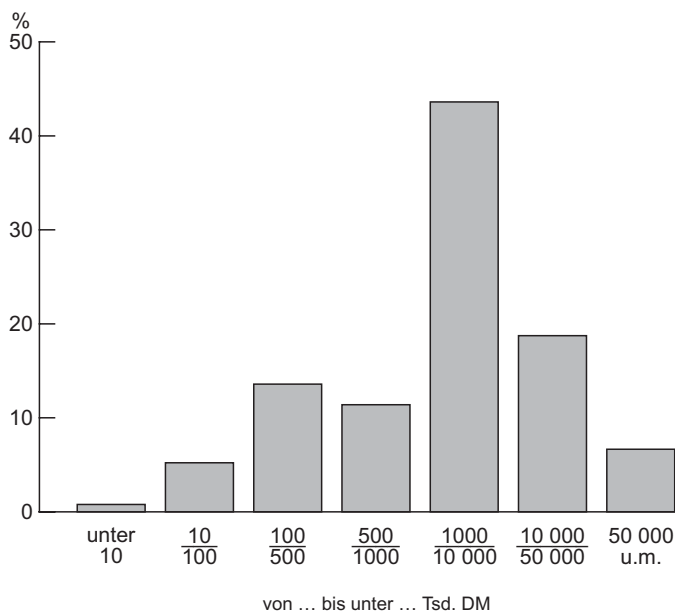
Verfahren und Forderungen in Baden-Württemberg 2000 und 2001 nach Größenklassen



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

314 02

Schaubild 5
Verteilung der Arbeitnehmerzahl in Baden-Württemberg 2001 nach Verschuldungshöhe



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

315 02

Die Zahl der Insolvenzen unterteilt sich in die mangels Masse abgelehnten und die eröffneten Verfahren. Mit der Höhe der Forderungen nimmt auch der Anteil der eröffneten Verfahren zu. Während bei Konkursen mit Forderungen von weniger als 100 000 DM die vorhandene Masse nur bei knapp 26 % der Fälle zur Eröffnung des Verfahrens ausreichte, betrug die Eröffnungsquote bei Konkursen mit Forderungen der Gläubiger von mehr als 100 000 DM, aber weniger als 1 Mill. DM 84 % und bei den Verfahren mit mehr als 1 Mill. DM Schulden rund 64 %.

Wie sich die Forderungen in unmittelbarer Beziehung zur Zahl der Verfahren verteilen, zeigt die Konzentrationsmessung. Bereits zwei Fünftel der insolventen Unternehmen haben rund 90 % der Schulden, ein Drittel dieser Unternehmen sogar 95 %.

Aber nicht nur die Forderungshöhe der Gläubiger konzentriert sich in dieser Weise, sondern auch die Zahl der betroffenen Arbeitnehmer (*Schaubild 5*). So waren über zwei Drittel (16 300 Personen) dieser Arbeitnehmer in Firmen mit Schulden von über 1 Mill. DM. Der Schwerpunkt liegt bei Firmen mit einer Verschuldung von 1 bis 10 Mill. DM. Auf Kleinunternehmen mit einer Verschuldung bis 500 000 DM entfallen immerhin noch knapp ein Fünftel der einbezogenen Arbeitsplätze.

Weitere Zunahme der Verbraucherinsolvenzen im Jahr 2001

Im Berichtsjahr 2001 wurden 1 704 Verbraucherinsolvenzen gezählt, gegenüber 1 322 im Jahr 2000. Davon wurden 1 053 eröffnet, 255 mangels Masse abgelehnt, und nur in 396 Fällen kam es zum Schuldenbereinigungsplan. Damit sind diese Verfahren seit der Einführung dieser rechtlichen Möglichkeit kontinuierlich gestiegen, wobei 1999 noch lediglich 382 solcher Verfahren verbucht wurden. In der zweiten Jahreshälfte 1999 zeig-

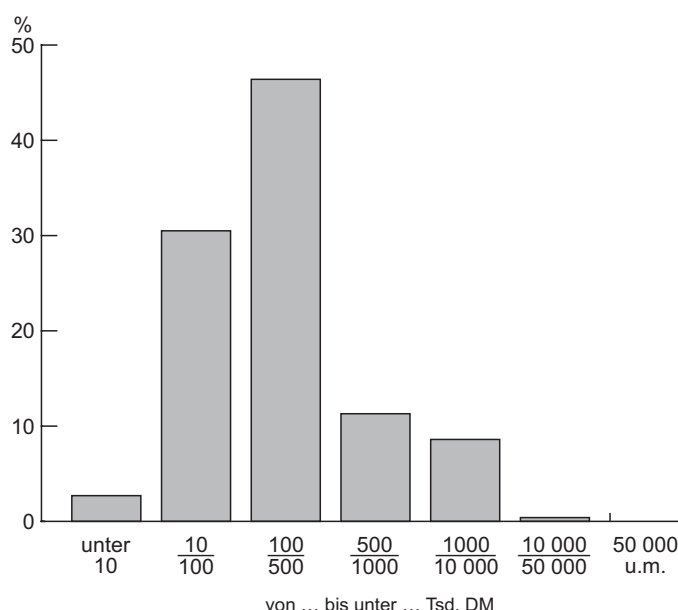
te sich jedoch bereits der wachsende Bedarf dieser rechtlichen Lösung, wobei die Ergebnisse der folgenden Jahre dies bestätigen.

Das Verbraucherinsolvenzverfahren ist ein vereinfachtes Verfahren, bei dem zuerst versucht wird, mit den Gläubigern über einen außergerichtlichen Schuldenbereinigungsplan eine Regelung zu erlangen. Ist dies nicht möglich, kommt es zur gerichtlichen Entscheidung, wobei auch hier unterschiedliche Verfahrensverläufe möglich sind.

Die voraussichtlichen Forderungen aller Verbraucherinsolvenzen betrugen im Jahr 2001 insgesamt 792 Mill. DM. Das bedeutet im Durchschnitt je angemeldetes Verfahren eine Verschuldung in Höhe von rund 464 600 DM. 1999 waren es noch 477 000 DM und im Jahr 2000 rund 364 700 DM. Die Zahlen lassen auch vermuten, dass die Möglichkeit der Verbraucherinsolvenz zunehmend auch bei nicht nur völlig aussichtloser Verschuldung in Betracht gezogen wird. Das Ziel der bestmöglichen Befriedigung der Gläubiger wird also über eine frühzeitigere Antragstellung erreicht. Für die überwiegende Zahl der Verbraucherinsolvenzen (46 % oder 790 Verfahren) wird jedoch eine Forderungshöhe von 100 000 bis 500 000 DM festgestellt, dazu kamen 519 Verfahren (31 %) mit Schulden in Höhe zwischen 10 000 und 100 000 DM. Das sind insgesamt über drei Viertel der Verbraucherinsolvenzverfahren. Damit hatten insgesamt rund 80 % weniger als 500 000 DM Schulden (*Schaubild 6*). Bei 193 Verfahren lag die durchschnittliche Forderungshöhe zwischen 500 000 und 1 Mill. DM. Das neue Verbraucherinsolvenzverfahren soll auch überschuldeten Verbrauchern ermöglichen, in den Genuss einer Restschuldbefreiung zu kommen. Gerade jüngere Schuldner sollten einen Ausweg aus der 30 Jahre dauernden Haftung finden.

Da die Gläubiger in einem Insolvenzverfahren in aller Regel nur zu einem Teilbetrag ihrer Forderungen befriedigt werden, bleibt die Frage, was mit ihren Restforderungen wird. Grundsätzlich können Gläubiger ihre restlichen Forderungen unbeschränkt

Schaubild 6
Bedeutung der Verbraucherinsolvenzverfahren in Baden-Württemberg 2001 nach Größenklassen



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

316 02

Tabelle 4

Durchschnittliche Forderungen in Baden-Württemberg 2001 und 2000 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweige	Durchschnittliche Forderungen in DM		Zunahme 2001 gegenüber 2000
	2001	2000	
Wirtschaftsbereiche insgesamt	2055486	2377002	- 13,5
davon			
Land- und Forstwirtschaft	918656	710973	+ 29,2
Fischerei und Fischzucht			
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden			
Verarbeitendes Gewerbe	3057216	3353361	- 8,8
Energie- und Wasserversorgung	1095000		
Baugewerbe	1110326	1386782	- 19,9
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	1686037	1424110	+ 18,4
Gastgewerbe	488146	769972	- 36,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	633209	572580	+ 10,6
Kredit- und Versicherungsgewerbe	19324080	20473818	- 5,6
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	2919291	4551677	- 35,9
Erziehung und Unterricht	577273	196067	+ 194,4
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	865900	1078538	- 19,7
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	639835	977800	- 34,6

gegen den früheren (Insolvenz-)Schuldner geltend machen, also später neu erworbenes Vermögen des Schuldners vollstrecken. Dieses Recht der freien Nachforderung konnte bisher bewirken, dass auch ein redlicher Schuldner, der unverschuldet oder nur infolge geringfügigen Verschuldens in die Insolvenz geraten war, bis zu seinem Lebensende sein gesamtes pfändbares Einkommen seinen Gläubigern zur Verfügung stellen musste, was die Initiative zu einem wirtschaftlichen Neuanfang behinderte. Volkswirtschaftlich betrachtet sollten zudem vor allem Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft als Folge der Verbraucherverschuldung verringert werden.

Die Insolvenzordnung bietet ab 1. Januar 1999 hier als Neuerung die Möglichkeit der Restschuldbefreiung. Natürliche Personen können so nach Ablauf einer 7- bzw. jetzt 6-jährigen Wohlverhaltensperiode eine Restschuldbefreiung erlangen. Juristische Personen werden dagegen bereits durch Eröffnung des Insolvenzverfahrens aufgelöst; damit fällt vereinfacht dargestellt das Rechtssubjekt weg und somit auch die betreffenden Verbindlichkeiten. Jedoch gibt es auch hier im Falle der Selbstverschuldung oder gar Straftat die Durchgriffhaftung.¹¹

Im Jahr 2001 rund 564 Nachlassinsolvenzen

Neben den Verbraucherinsolvenzen spielt bei privaten Haushalten auch das Nachlassinsolvenzverfahren eine Rolle. Bei Privatpersonen gab es im Jahr 2001 in Baden-Württemberg 564 Nachlassinsolvenzen, im Jahr 2000 waren es 588 solcher Verfahren, 1999 dagegen 560 Verfahren. Im Jahr 2001 wurden 458

mangels Masse abgelehnt, also über vier Fünftel dieser Verfahren. Nachlassinsolvenzverfahren werden beantragt, wenn die Verbindlichkeiten des Verstorbenen größer sind als der Wert seiner Hinterlassenschaften. Damit können Erben verhindern, dass sich die bestehende Haftung durch Antritt des Erbes auch auf ihr Privatvermögen erstreckt. Die im Rahmen von Nachlassinsolvenzen geltend gemachten Forderungen beliefen sich auf 120 Mill. DM. Das waren im Durchschnitt 213 351 DM je Nachlassinsolvenzverfahren im Jahr 2001, gegenüber 298 219 DM im Jahr 2000 und 208 132 DM im Jahr 1999. Die Zahl der Verfahren bewegt sich damit im Wesentlichen auf einem stabilen Niveau, die Streuung der durchschnittlichen Verschuldung ist jedoch etwas breiter.¹²

Aktuelle Entwicklung von Gesetzesänderung geprägt

Für das Jahr 2002 gibt es zurzeit nur vorläufige Ergebnisse für das erste Quartal, ab August wird es jedoch voraussichtlich die Ergebnisse für das erste Halbjahr 2002 geben, danach auch wieder monatliche Ergebnisse in gewohnter Form.¹³ Die im ersten Halbjahr lückenhafte Berichterstattung zum Insolvenzgeschehen ist auf die Ergänzung der Insolvenzordnung zum 1. Dezember 2001 zurückzuführen, die statistisch betrachtet eine differenziertere Merkmalsabgrenzung verlangte.¹⁴

¹¹ Änderung des § 287 zum 1. Dezember 2001; er regelt die Dauer der „Wohlverhaltensperiode“. Sie wurde von ursprünglich 7 Jahren auf maximal 6 Jahre beschränkt. Zur Durchgriffhaftung kommt es bei strafbaren Handlungen.

¹² Neben den Insolvenzdaten für das Land Baden-Württemberg gibt es für die Jahre 2000 und 2001 Daten für die Regionen und Kreise. Darüber wird jedoch demnächst berichtet.

¹³ Redaktionsschluss war der 15. Juni 2002.

¹⁴ Im Rahmen der Neuabgrenzung der Merkmale war eine Zusatzerhebung notwendig, wobei uns die Justizverwaltung unterstützte.

Im ersten Quartal 2002 wurden bei den Amtsgerichten Baden-Württembergs 1 850 Insolvenzverfahren entschieden; das sind 38 % mehr als im ersten Quartal 2001. Davon wurden 1 227 Verfahren eröffnet, 525 Verfahren mangels Masse abgelehnt und 98 Verfahren über die Annahme eines Schuldenbereinigungsplans geregelt. Damit wurden im ersten Quartal 2002 lediglich 28 % der Fälle mangels Masse abgelehnt, während es im Jahr 2001 noch 46 % aller Verfahren waren und im Jahr 2000 sogar 48 % aller Verfahren. Dies ist auf die Möglichkeit der Stundung der Verfahrenskosten seit dem 1. Dezember 2001 zurückzuführen. So regelt der § 4b der Insolvenzordnung in der Fassung vom 1. Dezember 2001 die Möglichkeit der Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens bis zur Erteilung der Restschuldbefreiung. Unternehmensinsolvenzen (ohne Kleingewerbe) wurden 721 Fälle gezählt, 35 Verfahren oder 5,1 % mehr als im ersten Quartal 2001. 73 Verfahren betrafen Personengesellschaften, 390 Verfahren Unternehmen mit der Rechtsform GmbH, 20 Verfahren die Aktiengesellschaften.

Bis zum 1. Dezember 2001 konnten auch Insolvenzen des Kleingewerbes nach dem vereinfachten Verbraucherinsolvenzverfahren geregelt werden. Seit Ende des vergangenen Jahres sind jedoch alle aktiven Unternehmen, auch die Kleinunternehmen, nach dem Regelinsolvenzverfahren gerichtlich zu entscheiden. Zum Verbraucherinsolvenzverfahren zugelassen sind nur noch ehemals Selbstständige mit überschaubarer Verschuldung, das heißt nicht mehr als 19 Gläubiger und keine Forderungen aus Arbeitsverhältnissen.

Die Zahl der zahlungsunfähigen übrigen Schuldner lag nach ersten Ergebnissen für das erste Quartal 2002 um 81 % über dem Vorjahreswert, was vermuten lässt, dass dies auf die Änderung des § 304 der Insolvenzordnung in der Fassung vom 1. Dezember 2001 zurückzuführen ist, der die Anwendung des vereinfachten Verbraucherinsolvenzverfahrens regelt. So stieg die Zahl der Insolvenzen der nicht näher definierten natürlichen Personen stark an. Ob es sich aber letztlich um Verbraucherinsolvenzen, um Gesellschafter einer insolventen Personengesellschaft (zum Beispiel OHG), die mit ihrem Privatvermögen haften, oder um die erneute Aufnahme eines früheren Insolvenzverfahrens von ehemals selbstständig Tätigen mit dem Ziel der Restschuldbefreiung handelt, ist derzeit nicht ersichtlich. Würden aber statistisch bereits in früheren Jahren entschiedene Verfahren (kritiklos) erneut verbucht, würden die Ergebnisse unzureichend interpretiert: Weder konjunkturelle Einflüsse auf die Verfahrenszahl noch eine zunehmende Verschuldung der Bevölkerung könnte mit Sicherheit identifiziert werden.

Dazu kommt, dass die Insolvenzen des aktiven Kleingewerbes nicht mehr nach dem vereinfachten Verfahren entschieden werden, sondern jetzt – wie die Unternehmen allgemein – nach dem so genannten Regelinsolvenzverfahren entschieden werden müssen und damit künftig bei den Einzelunternehmen verbucht werden. Die endgültigen Ergebnisse – mit der entsprechend angepassten statistischen Abgrenzung – werden voraussichtlich mit dem (Berichtszeitraum) erstes Halbjahr 2002 vorliegen.

Dr. Ilse A. Walter



Statistisches
Landesamt
Baden-Württemberg

Wie intensiv forscht der Südwesten? Die ausführliche Analyse der FuE-Ressourcen Baden-Württembergs!

FuE-MONITOR

Baden-
Württemberg

Aufwendungen und Personal für Forschung und Entwicklung in Baden-Württemberg

- in Unternehmen
- in Hochschulen
- in Forschungsinstituten

ergänzt durch Karten, Grafiken und Tabellen mit

- Internationalen Vergleichen
- Nationalen Übersichten
- Regionaldaten bis auf Kreisebene
- Daten von 1997 bis 1999



84 Seiten, kartoniert, (zuzüglich Versandkosten)
8,33 Euro; Artikel-Nr. 8032 02004

Ihre Bestellung richten Sie bitte an:

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Böblinger Straße 68, 70199 Stuttgart; Telefon (0711) 641-2866; Telefax (0711) 60 18 74 51; E-Mail: vertrieb@stala.bwl.de; Internet: www.statistik-bw.de